

daritätsgefühl zum Ausdruck. Aber kann man annehmen, daß unsere Staatsorgane Unschuldige verhaften? . . . Wir haben, offen gesagt, nicht das mindeste Verständnis dafür, daß sich ehrliche Arbeiter mit Banditen solidarisieren.“ Noch schärfer polemisierte „Neues Deutschland“ am 28. Juni gegen die Solidarität mit den politischen Häftlingen: „Die Losung: ‚Heraus mit den politischen Gefangenen‘ ist eine Losung der faschistischen Strolche, deren ganzes Sinnen und Trachten nur nach Krieg, Plünderung und Brandstiftung steht und die ihre Kumpane dazu frei haben möchten.“ Trotzdem kam es in der ersten Julihälfte in mehreren Großbetrieben der sowjetischen Zone zu erneuter Auflehnung der Arbeiter — so in den Jenaer Zeiss-Werken, in der Farbenfabrik Wolfen (früher „Agfa“) und in den Buna-Werken bei Merseburg. Neben Streiks und Streikdrohungen entwickelten sich Sitzstreik und Langsam-Arbeit als neue Formen des passiven Widerstands. —

In seinem Wesen sollte sich der Widerstand in der mitteldeutschen Arbeiterschaft auch Jahre nach dem Scheitern des Aufstands vom 17. Juni 1953 nicht ändern. Da sich die Generallinie der SED nicht geändert hatte, konnte das auch nicht anders sein. Wohl aber entwickelten sich neue Formen der Opposition und des Widerstands. Es wird noch darzulegen sein, daß es auch in späteren Jahren wieder zu vereinzelt Streiks und anderen spontanen Aktionen kam; vor allem lassen sich aber nun mannigfaltige Bestrebungen der Arbeiter erkennen, ihre Rechte und Interessen gegenüber dem Regime auf halblegale oder legale Weise zu sichern, wo immer sich ihnen eine Chance dazu bot. Wenn man von der auch in der Arbeiterschaft unverändert lebendig gebliebenen Forderung nach freien Wahlen absieht, so geht es ihnen vor allem darum, auf ihre wirtschaftlichen und sozialen Belange durch innerbetriebliche und gewerkschaftliche Mitbestimmung unmittelbar einwirken zu können. Umgekehrt spiegelt gerade die Politik der SED in der Frage der Mitbestimmung ihr Mißtrauen und ihre Unsicherheit gegenüber der Arbeiterschaft wider. Das Experiment mit sogenannten Arbeiterräten in „volkseigenen“ Betrieben der SBZ demonstrierte das ein übriges Mal.

Einer Empfehlung des ZK der SED folgend, hatte eine „Arbeiterkonferenz“ der Partei am 8. Dezember 1956 beschlossen, in zunächst etwa zwanzig „volkseigenen“ Betrieben probeweise „Arbeiterkomitees“ zu bilden, mit deren Hilfe den Belegschaften stärkerer Einfluß auf den Wirtschaftsplan und den Produktionsprozeß in den Betrieben eingeräumt werden sollte. Allerdings wurden schon während der vorbereitenden Diskussion Bedenken kommunistischer Funktionäre laut. Nach ihren Erfahrungen befürchteten sie, daß demokratisch gewählte, also nur von der Belegschaft und nicht auch von der Partei- und Gewerkschaftsbürokratie abhängige Arbeiterkomitees